

## Analyse zur Lage Ukraine Russland

# US Machtpolitik als Auslöser des Krieges in der Ukraine.



**Gotthard Frick**

Business administrator & economist,  
Dipl. "Sciences Po" & Sorbonne, Paris.

Der skandinavische Stamm der RUS gründete 862 Russland in der heutigen Ukraine und dann 882 noch die Hauptstadt Kiew. Die Ukraine wurde dadurch zum Kiewer Rus. Im Laufe der Zeit gingen alle Teile Europas durch viele verschiedene Phasen, gehörten zu unterschiedlichen Mächten oder waren selber solche. Die heutige Ukraine oder Teile davon gehörten auch immer wieder mal zu anderen Staaten: z.B. Polen, Österreich, dem russischen Zarenreich etc. Von 1922 bis 1991 war die Ukraine ein Teilstaat der Sowjetunion und erklärte sich bei deren Auseinanderfallen für unabhängig. Fast 40% der Ukrainer sprechen Russisch, die Ukrainisch sprechenden Menschen können auch Russisch als Zweitsprache. Zahlreiche Bewohner der Ukraine haben enge Verwandte in Russland.

Die Krim hatte eine sehr bewegte Geschichte, die lange vor unserer Zeit begann. Sie gehörte im Laufe der Zeit zu verschiedenen Reichen der Region, aber kam 1783 formell zum Zarenreich und wurde «für alle Zeiten» als russisch erklärt. Im Krimkrieg um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurde sie von Frankreich und England zusammen mit dem osmanischen Reich für sehr kurze Zeit besetzt. 1917 riefen die Krimtartaren dort die «Die Volksrepublik Krim» aus und 1922 errichtete die Rote Armee eine autonome Sowjetrepublik Krim. Hitler besetzte sie von 1942-44 und wollte daraus einen mit Südtirolern besiedelten Gotengau machen. Hitler, dann Stalin, hatten grosse Teile von deren Bevölkerung deportiert und Stalin hatte auch noch die Autonomie der Krim beendet. Nach 1946 wurde sie zu einem Oblast (grosses Verwaltungsgebiet) der UdSSR, bis sie der Erste Sekretär der KPdSU, Nikita Chruschtschow, der selber aus der Ukraine stammte, 1954 der Ukraine übergab. In einer Volksabstimmung vom 20. Januar 1991 sprachen sich 93% der Krimbewohner für die Wiederbegründung der autonomen sozialistischen Sowjetrepublik Krim aus. Sie sahen sich als von der Ukraine unabhängigen Teilstaat der Sowjetunion. Aber bereits am 12. Februar 1991 ignorierte der Oberste Sowjet der Ukraine den Volksentscheid und nahm die Krim wieder in den «Bestand der Ukraine» auf und bestätigte das in seiner Verfassung von 6. Juni 1991.

Am 31. Dezember 1991 löste sich die UdSSR auf, einige Monate nach dem Ende des Warschauer Paktes, der Grund für den Aufbau der NATO gewesen war. Trotz Wegfallen ihrer Begründung löste der Westen die NATO nicht auf, sondern benützt sie als Instrument der Machtausweitung gegen Russland.

Schon am 24. August 1991 hatte sich die Ukraine, unter Einschluss der Krim, für unabhängig erklärt. In der Volksabstimmung darüber Ende 1991 stimmten auch 54% der Bewohner der Krim dafür. 2014, diesmal unter Putin, fand wieder ein Referendum statt, in dem sich bei einer 83%-igen Wahlbeteiligung 96.8% der Einwohner der Krim für einen Anschluss an Russland aussprachen. Das Ergebnis wird vom Westen nicht anerkannt. In einer UNO-Abstimmung vom 24.03.2014 stimmten 100 der 193 Mitgliederstaaten der UNO, die Abstimmung sei ungültig gewesen. Auch die Parlamentswahlen von 2016 auf der Krim hat der Westen als illegal bezeichnet.

Nun zum Krieg Russlands gegen die Ukraine.

Was hat Putin derart empört, dass er zum Krieg griff?

Bisher haben anscheinend weder das Schweizer Fernsehen noch unsere Leitmedien im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine darüber berichtet, wie die USA nach 1991, dem Zusammenbruch der UdSSR und dem Ende des Warschauerpaktes, bis ca. 2017 die Opposition in der Ukraine aufbauten und finanzierten. Wie die für die Ukraine zuständige Stv.

US Aussenministerin, Victoria Nuland, in ihrer Rede vom 13. Dezember 2013 an der US Vertretung in Genf zeigte, war sie selber mehrmals vor Ort in Kiew, auch 2013 an den Tagen des Umsturzes. Laut ihr finanzierten die USA nach der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine von 1991 mit mehr als 5 Milliarden \$ den «Aufbau der Demokratie», d.h. prowestlicher politischer Organisationen. Die Bedingung, um eine finanzielle Unterstützung zu erhalten, hatte Victoria Nuland wie folgt definiert:

Es gehe darum «...diejenigen hohen Regierungsmitglieder, Wirtschaftsführer sowie Oppositionelle in der zivilen Gesellschaft zu unterstützen:

**DIE MIT DEN ZIELEN DER USA IN DER UKRAINE EINVERSTANDEN SIND»(!).**

Einflussreiche US Stiftungen beteiligten sich ebenfalls an der Finanzierung der Opposition, die dann 2013 den Umsturz auslöste, darunter die vom US Kongress finanziell massiv unterstützte US Stiftung NED National Endowment for Democracy, die sich weltweit in rund 90 Ländern einmischt, um die «Demokratie zu fördern», bzw. die US Interessen durchzusetzen. Auf einer Webseite der NED vom 03.02.2022 werden die rund 70 politischen Organisationen, Medien etc. der Ukraine und die bedeutenden finanziellen Beträge genannt, die sie alleine 2021 erhielten (in der Regel mehrere zehntausend \$ bis zu rund 600'000 \$). In den Jahresberichten der NED aus früheren Jahren kann man u.a. die von deren Präsidenten oder anderen Exponenten gehaltenen, aggressiven Reden zur Ukraine und zu Russland lesen und weitere Listen der von den USA finanzierten oppositionellen Gruppen finden.

Es kamen vor und während des Umsturzes von 2013 immer wieder bedeutende US Politiker nach Kiew, um die Opposition zu unterstützen. In den Jahren nach 1991 mischten sich vor Ort in Kiew u.a. John O. Brennan, der Chef der CIA und US Aussenminister John F. Kerry ein. Als US Vizepräsident kam Joe Biden bis 2017 laut seinen eigenen Angaben 12-13 mal in die Ukraine. Zu einem Gehalt von 50'000\$/Monat wurde sein Sohn Hunter Biden 2014 in den Verwaltungsrat der Burisma Holdings, des grössten privaten Gaskonzerns der Ukraine, aufgenommen. (NZZ 19.11.19. «Am Bild der Bidens in der Ukraine-Affäre werden weitere Kratzer sichtbar».) Erst 2019 trat er zurück.

Er war Verwaltungsratspräsident und Aufsichtsrat mehrerer US Firmen und staatlicher Organisationen, darunter des US Ablegers des Welternährungsprogramms der UNO. Zahlreiche ein-

flussreiche Amerikaner waren auch schon im Verwaltungsrat der Burisma Holding: z.B. Devon Archer, der Wahlkampfleiter des US Aussenministers, der Direktor des CIA Counterterrorist Centers, Josep Cover Black, und andere Amerikaner.  
Seit 2013 amtete als Präsident von Burisma der US Investmentbanker Alan Apter.

Dass Russland reagierte, kann man gut begreifen, auch wenn man mit der Art der Reaktion - dem Griff zum Krieg - nicht einverstanden ist. Aber dass Russland durch den vorangegangenen massiven Eingriff der USA in der Ukraine extrem provoziert wurde, ist offensichtlich.

Die Stv. US Aussenministerin Victoria Nuland, unterstützt durch Catherine Ashton, EU Aussenbeauftragte, und mehrere andere bedeutende US Politiker hatten in den Jahren vor und während des Umsturzes von Ende 2013 vor Ort, also in Kiew, versucht, die an Ressourcen so reiche Ukraine ins westliche Lager zu ziehen. Grosse US Konzerne (Cargill, Monsanto, Du Pont) hatten schon 2 Millionen ha der weltweit fruchtbarsten Schwarzerde-Böden und Beteiligungen an Saatgutfabriken, Getreidespeichern und Häfen erworben.

Vielsagend ist auch, dass die US Marine 2017 begonnen hat, den Hafen von Ochakiv in der Ukraine für sich auszubauen.

Seine Anlagen waren vorher für die meisten Kriegsschiffe der USA zu klein. Der Hafen erhielt auch 2 höchst modern ausgestattete Operationszentren, von wo aus die US Flotte bei Einsätzen im Schwarzen Meer geführt werden kann. All das in einem Nachbarstaat Russlands, mit dem es und grosse Teile seiner Menschen über mehr als tausend Jahre immer wieder mal mehr oder weniger eng verbunden waren.

Die Ukraine wollte damals mit der EU ein Assoziierungsabkommen abschliessen und gleichzeitig der von Russland gegründeten Zollunion beitreten, wofür es mit Russland schon einen Vorvertrag abgeschlossen hatte. Aber am 23.02.2013 stellte der Präsident der EU, J. Manuel Barroso den Präsidenten der Ukraine, Wiktor Janukowitsch vor ein Ultimatum: «Die Ukraine müsse sich für die EU oder Russland entscheiden». Beides sei nicht möglich. Der Aussenhandel der Ukraine mit beiden war von der gleichen Grössenordnung (plus/minus 12 Milliarden.\$). Dazu kommt, dass Barroso und Angela Merkel im November 2013 beschlossen, dass Assoziierungsabkommen doch noch nicht zu unterzeichnen. Nach all dem verschob auch der Präsident der Ukraine seine Unterschrift, was die vom Westen aufgebaute Opposition zum Ende 2013 beginnenden Aufstand provozierte.

Am 15. Dezember 2013, während des Umsturzes, hielt der mächtige US Senator John McCain (inzwischen gestorben), Vorsitzender des US Streitkräfteausschusses, auf dem Maidan eine Rede, in der er der Opposition zurief, «Amerika steht auf Eurer Seite.» («America stands with you»). Eine Ungeheuerlichkeit in einem souveränen Staat.

Am 4. Februar 2014 sagte die Stv. US Aussenministerin Nuland dem US Botschafter in Kiew, Geoffrey R.Pratt, telefonisch, Arsenij Jazenjuk müsse Premierminister der Ukraine werden. Er wurde dann auch bald auf nicht verfassungsmässigem Weg ernannt und trat sein Amt am 27.02.2014 an. Damit war der Umsturz abgeschlossen. Das Telefon war abgehört und veröffentlicht worden. (Die USA stellten den Inhalt des Gesprächs nicht in Frage, aber machten Russland für das Abhören verantwortlich). Erst am selben Tag überschritten russische Truppen die Grenze zur Krim.

Für die Schiesserei auf dem Maidan vom 20.02.2014 und den folgenden Tagen, die fast 100 Todesopfer forderte, wurde von den westlichen Medien sofort die Regierung verantwortlich gemacht. Eine jahrelange Untersuchung des Falles durch die Universität Ottawa, Kanada, kam zum Schluss, dass sie die Opposition ausgelöst hatte, um die Wut des Volkes auf die Regierung anzustacheln. Die Studie wurde sowohl an der Tagung von 2018 der American Political Science Association in Boston, wie auch an zwei Instituten der Universität Uppsala, Schweden, vorgelegt und diskutiert.

Gegenwärtig haben unsere Medien gegen Putin Stellung bezogen. Das ist allerdings soweit verständlich, als die Auslösung eines Krieges nicht akzeptiert werden darf. Aber das Bild Putins in den Medien ist beleidigend. Dabei müsste die hier dargestellte Vorgeschichte berücksichtigt werden. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR war Russland am Ende, wie der Bundesrat zu Recht im Sicherheitspolitischen Bericht SIPOL B 2016 schrieb: **«Nach dem Kalten Krieg haben die russischen Streitkräfte einen bespiellosten Niedergang erlebt».**

Aber die russische Führung, von Gorbatschow bis und mit PUTIN, rüstete nicht auf. Warum nicht? Weil sie eine Partnerschaft mit Westeuropa aufbauen wollten. Gorbatschow sprach «Von unserem gemeinsamen Haus Europa». Sein Nachfolger Boris Jelzin wollte das ebenfalls, aber auch Putin.

In einem längeren BBC «Interview with Frost» vom 3. März 2000 sagte Putin:

***«Russland ist Teil der europäischen Kultur. Und ich kann mir mein eigenes Land nicht von Europa und was wir die zivilisierte Welt nennen, isoliert vorstellen. So ist es für mich schwer, die NATO als Feind zu sehen. ... Wir sind für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit, für eine Partnerschaft.»***

Putin sah sogar die Möglichkeit eines NATO-Beitritts.

Aber verletzend wurde Russland vom Westen unter Führung der USA, immer noch der Machtpolitik der vergangenen tausenden von Jahren mit ihren Kriegen verpflichtet, abgewiesen. Stattdessen wurden zwischen 1999 und 2009 die ehemaligen Mitglieder des Warschauerpaktes und der UdSSR, wie Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Albanien, Kroatien und 2017 noch Montenegro in die EU und/oder NATO aufgenommen, die militärisch immer näher an Russlands Grenzen rückte. Putin sagte schon an der Münchner Sicherheitskonferenz von 2007 «Wir betrachten die Ankunft eines Militärblocks (an unseren Grenzen), ... als eine direkte Bedrohung unseres Landes». In den Folgejahren forderte er immer wieder das Zurücknehmen der immer noch näher heranrückenden westlichen militärischen Bedrohung und bemerkte, falls sie nicht entfernt werde, werde Russland das Problem möglicherweise militärisch lösen. Vergeblich. Er wurde nicht ernst genommen. Jetzt erleben wir die Folgen.

Alle Leser sind wohl damit einverstanden, dass die Grossmächte endlich auf das Mittel des Krieges zur Durchsetzung ihrer Interessen verzichten sollten. Leider überziehen besonders die USA Ländern, die sich nicht ihren Interessen unterwerfen und militärisch nicht stark sind, mit Krieg. Die US Präsidenten, die sie auslösten, griffen oft zu schamlosen Lügen, um sie zu begründen. So bewilligte der US Kongress den Vietnamkrieg wegen eines von US Präsident erlogenen Angriffs vietnamesischer Schnellboote auf ein US Kriegsschiff in internationalen

Gewässern (Tonkin-Zwischenfall). Als einige Jahre später die Lüge aufflog, widerrief der Kongress die Ermächtigung zum Krieg, aber die Million Toter blieb tot.

Die USA führten von 1958 bis 2021 33 Kriege und ähnliche militärische Operationen durch. Sie verursachten Millionen von Toten, ein Mehrfaches an Verletzten und grosse Zerstörungen. Einige sind noch im allgemeinen Bewusstsein, wie die 3 Irakkriege (500'000 Tote Iraker), oder der Vietnamkrieg, der weit über 1 Millionen Toter (nach anderen Quellen bis zu 3 Millionen), in der Zivilbevölkerung forderte, und wegen des Einsatzes hochgiftiger Chemikalien und von 8 Millionen Tonnen Bomben (mehr als im ganzen 2. Weltkrieg abgeworfen wurden), enorme Zerstörungen verursachte. In der Erinnerung sind auch noch die schweren Vergehen der US Truppen an der Zivilbevölkerung dort, wie z.B. beim Massaker von MyLai, dem von den Kindern, über die Frauen, die auch noch vergewaltigt wurden, den Männern bis hin zu den Greisen fast alle zum Opfer fielen. Fast immer griffen die USA militärisch ein, wenn ein Land, dass sie als in ihrem Einflussbereich liegend betrachteten, eine politisch linke Regierung bekam.

Deshalb wurde 1983 sogar das kleine Ferieninselchen Grenada von 2 US Brigaden besetzt. US Präsident Ronald Regan erfand zur Begründung das Märchen, die Sowjetunion verfüge dort über U-Boot- und Luftwaffenbasen. Aber der Auslöser war die Machtergreifung durch eine linke Regierung.

Oft ging es auch darum, militärisch näher an Russland rücken zu können. Der Krieg gegen Serbien (Jugoslawien) wurde mit dem Schutz der Bevölkerung des Kosovo vor der Serbiens begründet, die sich damals gegenseitig massakrierten, wobei das kleinere Kosovo weniger Menschen umbringen konnte als das stärkere Serbien.

**Aber der wahre Grund dürfte gewesen sein, dass die USA den Kosovo abspalten wollten, um dort eine ihrer grössten, gegen Russland gerichteten militärischen Auslandbasen, Camp Bondsteel, aufzubauen.**

(Der Verfasser empfiehlt, im Internet die Luft- und andere Aufnahmen der Basis anzuschauen).

Dem hätte Serbien nie zugestimmt. Deshalb wurde es mit mehr als 28'000 Bomben und Raketen von den USA zur Zustimmung gezwungen.

Zur Erhaltung ihrer globalen Vormachtsstellung unterhalten die USA in Drittländern rund 600 Militärstützpunkte.

All das müssten wir bei unserer Beurteilung der gegenwärtigen Reaktion Russlands berücksichtigen. Dann wird auch ersichtlich, warum die USA für die gegenwärtige Krise verantwortlich sind. Wenn man das weiss und einen groben Überblick über die Geschichte der Ukraine hat, kann man verstehen, dass Russland und Putin extrem provoziert wurden. D.h. *nicht*, dass man jetzt den Krieg beklatscht.

Aber dass Russland heftig reagierte, sollten wir begreifen und uns im Atomwaffenzeitalter für ein einvernehmliches Verhältnis aller Grossmächte einsetzen.

Die USA bei ihrer traditionellen Machtpolitik zu unterstützen, ist nicht die Rolle der Schweiz.